

# Hessen muß vorn bleiben

Wahlaufruf  
zur Landtagswahl 1987

4280

en kämpft!



**SPD**



A87-4280



**Liebe Mitbürgerin,  
lieber Mitbürger,**

in diesem Wahlaufwurf haben wir Sozialdemokraten das formuliert, wofür wir bei der Landtagswahl am 5. April kämpfen: um die Fortsetzung einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und der geistigen Freiheit in Hessen.

Die Hessische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen, den Umweltschutz verbessert und für mehr Energieeinsparung gesorgt. Hessen hat von allen Flächenländern der Bundesrepublik die stärkste Wirtschafts- und Finanzkraft. Als Finanzminister bin ich stolz darauf, daß unser Hessenland im Ländervergleich „Spitze“ ist.

Die Hessische Landesregierung hat unter sozialdemokratischer Verantwortung in 40 Jahren mehr für die Menschen in diesem Land erreicht als die Regierungen in anderen Ländern.

Eine „Wende“ nach Bonner Muster würde in Hessen vieles gefährden, was in Jahrzehnten von Georg August Zinn bis Holger Börner geschaffen und Schritt für Schritt gefestigt wurde: Angefangen von unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik über unser modernes Gesundheits- und Sozialwesen bis hin zur Bildungspolitik, die mehr Chancen für alle Kinder verwirklicht hat.

Die hessischen Sozialdemokraten und ich als ihr Spitzenkandidat bitten um Ihre Stimme bei der Wahl am 5. April.

**Ihr**

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Hans Krollmann'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'H'.

Hans Krollmann

## **Hessen kämpft Hessen ist das Gegengewicht zu Bonn Hessen muß vorn bleiben**

Die SPD kämpft für Hessen.

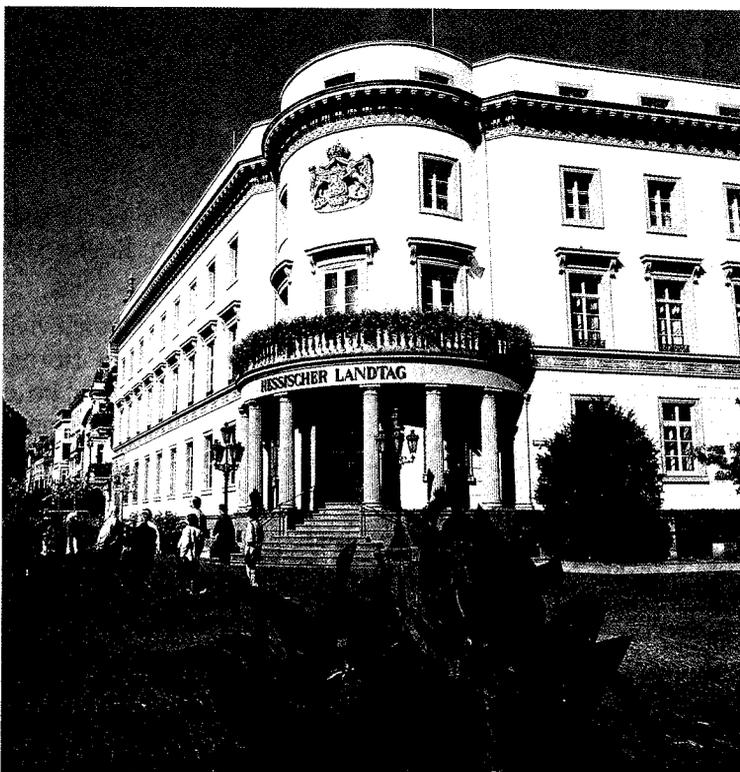
Die vorgezogene Landtagswahl am 5. April 1987 entscheidet darüber, ob in Hessen weiter Arbeitsplätze durch mehr Umweltschutz geschaffen werden,

ob in Hessen weiter eine Politik der sozialen Gerechtigkeit verwirklicht wird,

ob Hessen ein Land geistiger Freiheit und Toleranz bleibt.

Die Konservativen wollen den totalen CDU-Staat in der Bundesrepublik Deutschland. Das liberale Hessen ist ihnen ein Dorn im Auge.

**Hessen muß das  
Gegengewicht  
bleiben.  
Die SPD muß  
stark sein im  
Landtag, damit  
Hessen vorn  
bleibt.**



Von der Hessischen Landtagswahl am 5. April muß deshalb ein Signal ausgehen: Die CDU darf nicht machen, was sie will. Deshalb muß Hessen stark bleiben. Denn es ist gut, wenn der Machtanspruch der CDU begrenzt wird.

Es ist ein Unterschied, wer in Hessen regiert. Es geht darum, ob Hans Krollmann oder Walter Wallmann Hessischer Ministerpräsident wird. Die SPD muß stark sein im Hessischen Landtag, damit sie ihre erfolgreiche Politik für Hessen fortsetzen kann.

Hessen muß das Gegengewicht bleiben.

#### I.

Die sozialökologische Politik in Hessen war erfolgreich. Die Wirtschaft in Hessen ist stabil. Die Arbeitsmarktsituation deutlich besser als im Bundesdurchschnitt. Hessen hat unter allen Flächenländern das höchste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Weil es der Wirtschaft in Hessen gut geht, zahlt unser Land Jahr für Jahr von seinen Steuereinnahmen einen wachsenden Teil an andere, leistungsschwächere Bundesländer. So erreichten unsere Leistungen im Länderfinanzausgleich 1986 die neue Rekordsumme von fast 900 Millionen Mark.

Die Architektur einer neuen Politik ist in ihren Grundzügen vollzogen. Die SPD hat in Hessen deutlich gemacht, daß es konkrete Alternativen zur konservativen Bonner Politik gibt, die den Menschen mehr nützen als die Entscheidungen, die in Bonn im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen getroffen werden. Die Hessen-SPD hat die Sorgen der Menschen aufgegriffen und Lösungen für die Probleme unserer Gegenwart und Zukunft in die Wege geleitet.

Die Grünen haben diese erfolgreiche Zusammenarbeit an der Frage der Hanauer Nuklearbetriebe scheitern lassen, obwohl sie wußten, daß darüber in Bonn und nicht in Wiesbaden entschieden wird. Mit dem Bruch der Koalition haben die Grünen die Chance verspielt, zusammen mit der hessischen SPD gegen den Einstieg in den Plutoniumstaat kämpfen zu können. Die Grünen haben die Koalition mutwillig platzen lassen, weil sie glaubten, ihre Gewinne bei der Bundestagswahl vom 25. Januar 1987 würden die SPD erpreßbar machen.

Die hessische Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie zur Zusammenarbeit mit den Grünen bereit ist. Sie läßt sich jedoch durch grüne Pokerspiele nicht von den Grundsätzen ihrer Politik abbringen. Die Hessen-SPD hat dies 1982 gegenüber der FDP deutlich gemacht. Und sie hat jetzt auch den Grünen gezeigt, daß ihre Kompromißfähigkeit dort Grenzen hat, wo der Rechtsstaat in Frage gestellt und Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden sollen.

Die Grünen sind eine normale gegnerische Partei. Wer die Grünen wählt und die SPD schwächt, muß wissen, daß er damit die CDU im Hessischen Landtag stärkt. Wer realistische Reformpolitik in Hessen will, muß SPD wählen.

#### II.

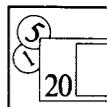
Die hessischen Sozialdemokraten erheben mit ihrer Politik den Anspruch, Gegengewicht und Gegenmodell zu der Politik des Bundes zu sein. Wir halten dies für um so notwendiger und dringlicher angesichts einer konservativen Politik in Bonn, die untätig bleibt gegenüber der Massenarbeitslosigkeit, die den Schutz der Umwelt mehr mit vernebelnden Worten denn

mit wirksamen Taten betreibt, die die grundgesetzliche Verpflichtung zu sozialem Handeln mißachtet, die die Arbeitnehmerrechte beschneidet und Liberalität und Toleranz unseres Gemeinwesens gefährdet.

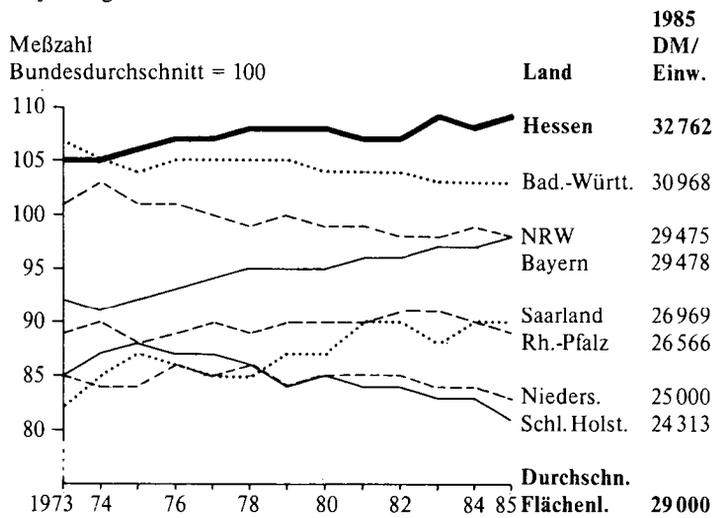
Dieser Politik stellen die hessischen Sozialdemokraten ihre Vorstellung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft entgegen. Die SPD wird in Hessen ihr Reformprogramm umsetzen. In Hessen wurde ein Energiespargesetz verabschiedet und entsprechende Förderprogramme wurden auf den Weg gebracht. In Hessen wurde im Strahlenschutz vorbildlich auf den Atomunfall von Tschernobyl reagiert und nach Wegen aus der Atomwirtschaft gesucht. In Hessen hat sich die Politik in besonderem Maß für die Gleichberechtigung der Frauen in Beruf und Gesellschaft engagiert. In Hessen wurden in der Abfallwirtschaft und im Umweltbereich neue Wege gefunden, um Natur und Gesundheit in der modernen Industriegesellschaft besser zu schützen als bisher. Durch die Verbindung von Arbeit und Umwelt wurden in Hessen zukunftsichere Arbeitsplätze geschaffen. Kein anderes Bundesland hat solche Anstrengungen unternommen wie Hessen, um die Zahl der Ausbildungsplätze durch staatliche Mittel zu erhöhen. Durch die hessischen Sonderprogramme für Ausbildungsplätze ist den Jugendlichen die beruflichen Zukunftsperspektive erhalten worden. Ein „Zusatzprogramm“ hat die Hochschulen offengehalten und die Ausweitung des Numerus clausus verhindert.

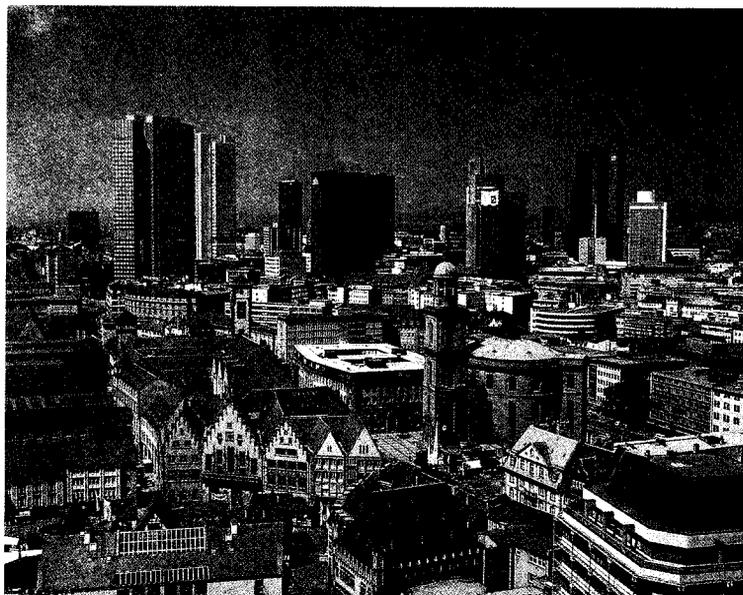
**Hessen ist Spitze.  
Das zeigt ein  
Vergleich der  
Bruttoinlands-  
produkte der  
Bundesländer.**

## Hessen festigt den Spitzenplatz



Bruttoinlandsprodukt je Einwohner  
zu jeweiligen Preisen in den Flächenländern





**Hessens Wirtschaftskraft (Finanzmetropole Frankfurt) steht an der Spitze der Bundesländer. Die Politik der SPD mit ihren Schwerpunkten Arbeit, Umwelt und Soziale Verantwortung sichert die Voraussetzungen.**

Durch ihre Politik mit den Schwerpunkten „Arbeit, Umwelt und soziale Verantwortung“ will sich die SPD in Hessen bewußt von der Politik in Bonn abheben. Die hessische Politik soll dokumentieren, daß ein anderer politischer Weg als in Bonn möglich ist. Durch unsere Initiativen im Bundesrat werden wir weiter dafür sorgen, daß in der öffentlichen Diskussion der Kontrast zwischen konservativer und sozialdemokratischer Politik bewußt und deutlich bleibt. Wie bereits in der Vergangenheit, z.B. durch unsere Initiativen zum Schwefelabgabengesetz, zur Einführung bleifreien Benzins, zum Tierschutzgesetz, für ein neues Arbeitszeitrecht, für die Verbesserung der Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche, für die Sicherung und den Ausbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz werden wir auch in Zukunft versuchen, die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland positiv zu beeinflussen.

Hessen muß weiter vorn bleiben. Die hessische politische Kultur mit ihrer aufklärerischen Tradition muß von Liberalität und Toleranz geprägt bleiben. In Hessen muß der Mut zu neuen Wegen weiterhin Unterstützung finden. Hessen muß das Gegengewicht zu Bonn bleiben, damit die Bundesrepublik nicht schwarz wird.

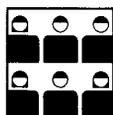
## Die zentralen Ziele unseres Regierungsprogramms sind: 1. Für Arbeitsplätze – gegen Arbeitslosigkeit

Die konservative Bundesregierung hat bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit versagt. Trotz aller Warnungen hat sie die Chance günstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ungenutzt verstreichen lassen. Das Schicksal der Arbeitslosen und ihrer Familien ist den Konservativen nicht nur gleichgültig, bei ihren Versuchen, die Arbeiterbewegung zu schwächen, kommt ihnen die Massenarbeitslosigkeit sogar gelegen. Die Konjunkturlüge der Bundesregierung aber ist entlarvt: Der wirtschaftliche Abschwung hat die Arbeitslosigkeit schon jetzt wieder an die 2,5 Millionen-Grenze hochgetrieben.

Die Hessen-SPD will eine Führungsrolle bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit übernehmen. Für uns gilt: Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Die Arbeitnehmer und ihre Familien können sich auf uns verlassen.

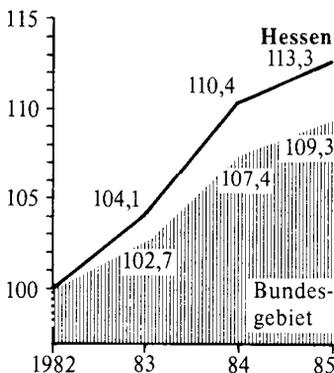
332 Millionen Mark hat Hessen bis einschließlich 1986 für weit über 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt.

### Mehr Lehrstellen in Hessen



Entwicklung der Zahl der Auszubildenden

Meßzahl 1982 = 100



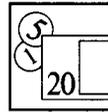
Die Hessen-SPD hat stets eine aktive Beschäftigungspolitik betrieben. Sie hat in den letzten Jahren neue Mittel entwickelt, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, die Beschäftigungschancen zu erhöhen und unsere Volkswirtschaft ökologisch zu modernisieren. Sie verbindet deshalb die Instrumente einer aktiven Beschäftigungspolitik mit dem Schutz der Umwelt und dem Einsatz neuer Techniken. Die Arbeitslosigkeit in Hessen liegt um 2 Prozent niedriger als im Bundesdurchschnitt. Wir haben in Hessen gezeigt: Arbeitslosigkeit läßt sich bekämpfen. Man muß es nur wollen.

Die wichtigsten Elemente unserer Arbeitsmarktpolitik sind:

- gezielte öffentliche Investitionen für besseren Umweltschutz, für Dorferneuerung und Stadtsanierung und Denkmalpflege, für Energie-

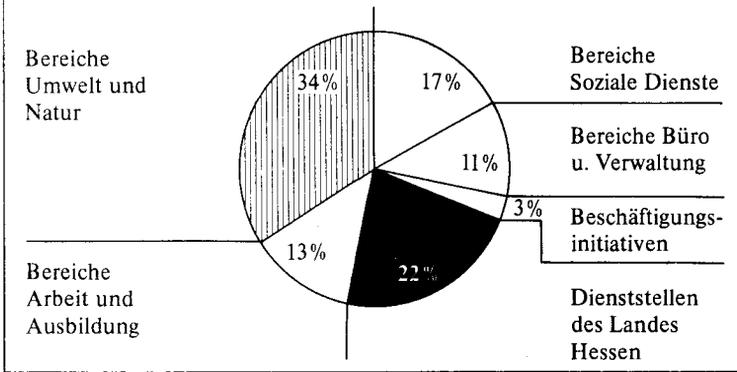
## 76 Mio DM für Arbeitsbeschaffung in Hessen

1986



Viele tausend zusätzliche Arbeitsplätze sind seit 1975 in 14 gezielten Landesprogrammen zur Arbeitsbeschaffung eingerichtet worden: allein 1986 waren es 3.000 Arbeitsplätze.

Aufteilung der rund 3000 im 14. Hessischen Landesprogramm vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Einsatzbereiche

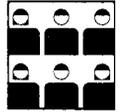


einsparung und die Entwicklung umweltverträglicher Energiearten.

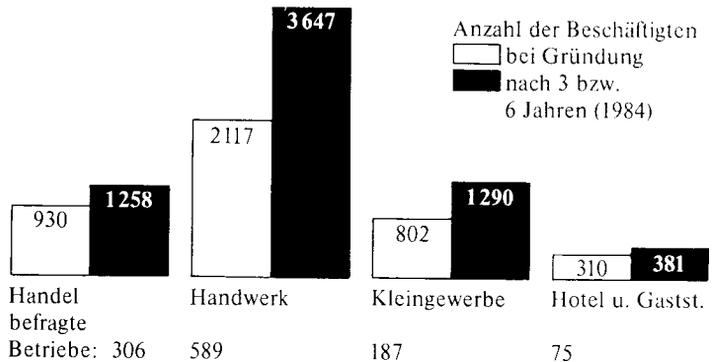
- Verkürzung der Arbeitszeit. Mit der 38,5-Stunden-Woche sind allein bei VW 4.300 neue Arbeitsplätze entstanden. Die Hessen-SPD unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften nach weiterer Arbeitszeitverkürzung. Wir wollen außerdem die Zahl der Überstunden abbauen, die illegale Beschäftigung bekämpfen und den Mißbrauch von Leiharbeit verhindern.
- Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie Weiterbildung, Umschulung und Qualifikation müssen voll angewendet werden. Unsere Programme mit den Schwerpunkten Umwelt und soziale Dienste eröffnen insbesondere in strukturschwachen Regionen bessere Beschäftigungsmöglichkeiten.
- Für bestimmte Gruppen, die wie z.B. ältere Arbeitnehmer und Behinderte, überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, werden spezielle Programme durchgeführt. Wir bauen weiter an der Beschäftigungsbrücke für die junge Generation: Nicht nur eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen, auch die Anschlußbeschäftigung muß gesichert werden.
- Sozialverträglicher Einsatz der neuen Techniken. Die Interessen der Arbeitnehmer müssen gewahrt werden. Dazu sind vor allem Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitsplätze, Änderungen der Arbeitszeitregelungen und eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer nötig. Wir müssen die Gefahren einer technokratischen Rationalisierungspolitik abwehren, aber die arbeitsplatzsichernden

**Das hessische Existenzgründungsprogramm: Intensive Beratung vor dem Start bewirkt, daß die eingesetzten Mittel zu Investitionen von rund 1,9 Milliarden Mark führten.**

## Erfolgreiches Existenzgründungsprogramm in Hessen



Anzahl der Beschäftigten bei Existenzgründern, die vom Land Hessen durch verbilligte Darlehen gefördert wurden, nach Wirtschaftszweigen.



Möglichkeiten der neuen Techniken nutzen und die Modernisierung der hessischen Wirtschaft beschleunigen.

- Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in Hessen durch unser Existenzgründungsprogramm und andere finanzielle Hilfen, durch Technologieberatung und Unterstützung bei der Einführung neuer Techniken. Wir setzen nicht nur auf Großunternehmen, sondern vor allem auf einen breiten und leistungsfähigen Mittelstand.
- Eine veränderte strukturpolitische Konzeption, die nicht mehr auf das Umlenken von Wachstumsüberschüssen setzt, sondern das Entwicklungspotential der benachteiligten Regionen selbst für wirtschaftliche Innovation und Entwicklung mobilisieren will, z.B. durch eine aktive Fremdenverkehrspolitik und den Einsatz neuer Techniken. Das Land Hessen hat einen Telekommunikationsplan erarbeitet, der alle Möglichkeiten für eine zukunftsweisende geschäftliche Kommunikation wahrnehmen will.

Die Hessen-SPD arbeitet für eine wirtschaftspolitische Zukunftsstrategie, die Beschäftigungs-, Struktur-, Umwelt- und Technologiepolitik so miteinander verzahnt, daß die drei drängenden Grundprobleme Arbeitslosigkeit, Umweltkrise und technologische Revolution gelöst werden.

## 2. Für die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie – Gegen Umweltzerstörung

Die Erhaltung unserer natürlichen Umwelt ist zu einer Existenzfrage geworden. Die Umweltkatastrophen der jüngsten Zeit haben dies erneut deutlich gemacht. Die Strahlenverseuchung, das Waldsterben, die ungeklärte Frage der Entsorgung ganzer Industriezweige von gefährlichen Abfallprodukten, die gesundheitsgefährdenden Belastungen von Luft, Wasser und Boden haben ein zerstörerisches Gewicht bekommen. Wenn der Gedanke an die Zukunft nicht zur Bedrängnis werden soll, müssen wir Frieden mit der Natur machen.

Die hessischen Sozialdemokraten haben 1983 als erste die Faktoren „Arbeit“ und „Umwelt“ zu einem realistischen und zukunftsweisenden Konzept zusammengefaßt: z.B. durch

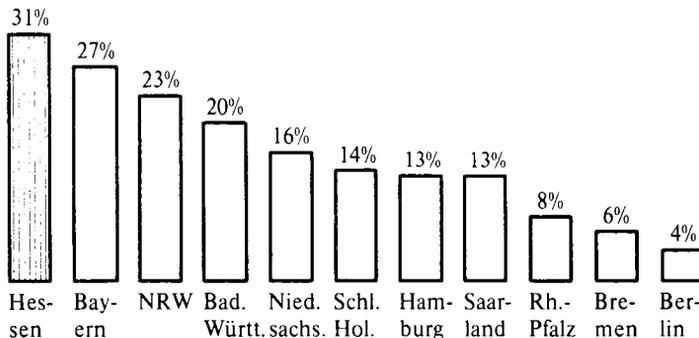
- die umweltfreundliche Umrüstung der Kraftwerke, um das Waldsterben zu stoppen,
- die Überwachung und Sanierung alter Mülldeponien,

### Der Ruf der Bundesländer beim Umweltschutz



Welche Länder „aktiv beim Schutz der Umwelt“ sind, wurde im Juni 1986 in einer bundesweiten Umfrage von den Befragten wie folgt beantwortet

(in % der Befragten, drei Nennungen waren möglich):



Gute Noten für den Umweltschutz in Hessen gab es bei einer Stichprobenerhebung unter wahlberechtigten Bürgern im Juni 1986.

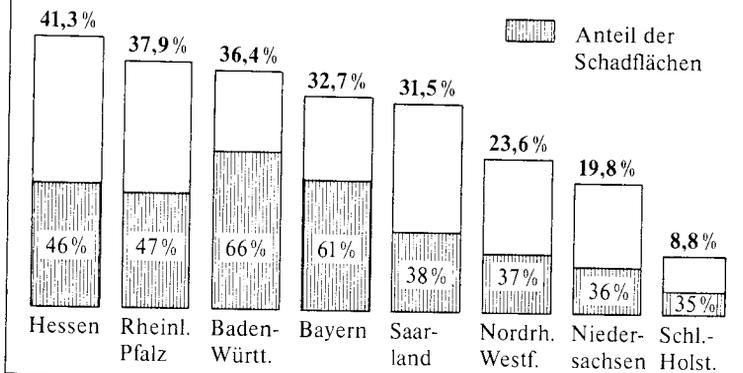
Von allen Flächenländern hat Hessen den größten Waldanteil. Dieses kostbare Gut muß durch konsequenten Umweltschutz erhalten werden.

## Waldreichstes Bundesland Hessen



1985

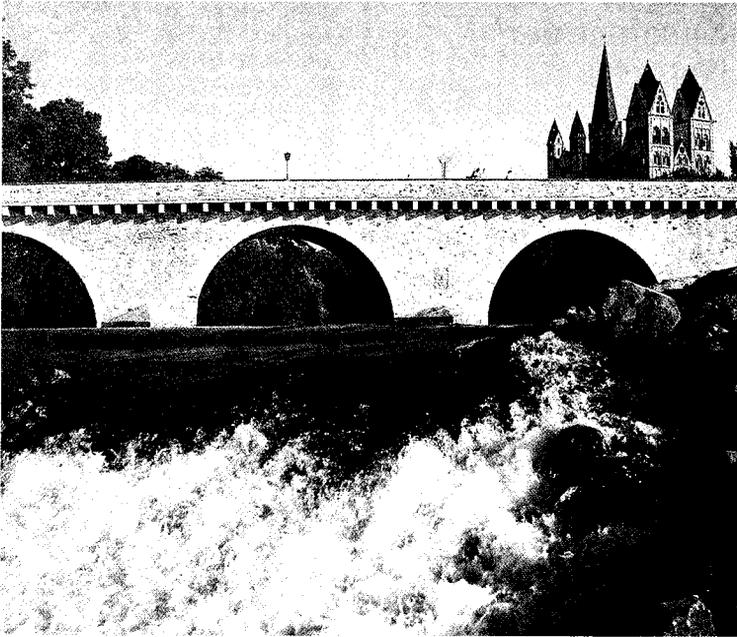
Anteile der Waldflächen an den Gesamtflächen der Bundesländer (ohne Stadtstaaten) und Umfang der Schädigung



- die vermehrten Anstrengungen im Naturschutz wie die weitere Ausweitung von Naturschutzflächen und die Renaturierung von Fließgewässern,
- die Begrenzung des Landverbrauchs,
- den Bau moderner Kläranlagen für die Gewässerreinigung,
- die Nutzung neuer Techniken für umweltschonende und ressourcensparende Produktion.

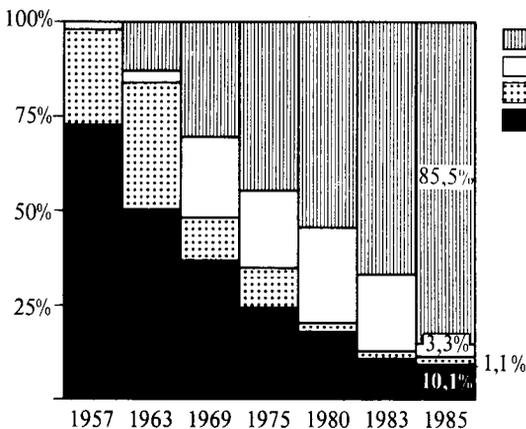
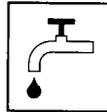
Mit dem Hessischen Abfallgesetz haben wir neue Wege gewiesen. Mit der Zielsetzung, das Abfallvolumen zu verringern, eine möglichst hohe Quote der Wiederverwertung von Abfallstoffen zu erreichen und die Restmenge des Mülls gefahrlos zu beseitigen, ist das Land Hessen auf dem richtigen Weg. Wir werden auch die vorhandenen Probleme in den Griff bekommen.

Auch das Umsteuern in der Energiepolitik erfordert große Anstrengungen. Die Hessen-SPD will eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft. Das, was wir in Hessen dazu tun können, haben wir getan: Mit unserem Energiegesetz haben wir in Hessen die Grundlage für eine umwelt- und sozialverträgliche Energieversorgung ohne Atomkraft geschaffen. Dieser Weg muß fortgesetzt werden. Neue Atomkraftwerke wird es in Hessen nicht geben. Wir bekräftigen unsere Ablehnung jeglicher weiterer Nutzung von Plutonium in der Bundesrepublik. Deshalb werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel ausschöpfen, damit Altkern geschlossen wird. Wir werden die notwendige Umstrukturierung der Arbeitsplätze fördern. Mit der hessischen Agrarpolitik werden insbesondere kleine und mittlere bäuerliche Betriebe unter Anerkennung ihrer wichtigen ökologischen Funktion für die Erhaltung unserer Umwelt und für die Pflege der Land-



Wasser, Boden, Luft — wertvolle Güter, die des Schutzes bedürfen: Die Lahn bei Limburg.

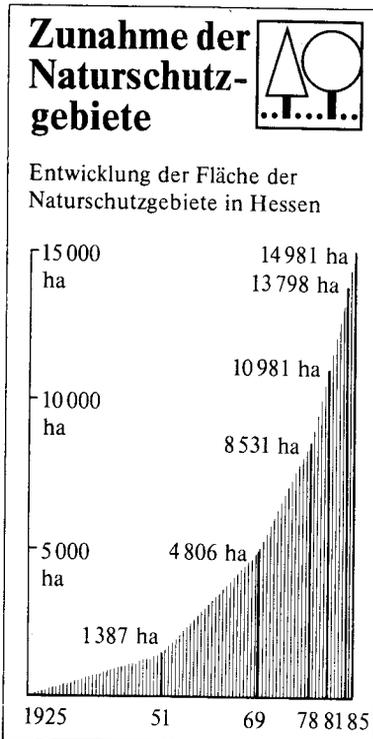
## Abwasserbehandlung in Hessen macht Fortschritte



Die Flüsse in Hessen sind sauberer geworden. Die Abwässer von 90 Prozent der Bevölkerung werden in Kläranlagen gereinigt.

nach Anteilen der an Kläranlagen angeschlossenen Einwohner

**308 Naturschutzgebiete gibt es in Hessen. Bis 1990 sollen weitere 346 Gebiete ausgewiesen werden.**



schaft gefördert. Im Kampf gegen die Brüsseler und Bonner Subventionspolitik wollen wir diese bäuerlichen Existenzen in Hessen erhalten.

Nicht umsonst hat Hessen im Umweltschutz den besten Ruf unter den Bundesländern.

Aber: Wir brauchen noch für mehrere Jahre einen Investitionsschub in die Umwelt, damit die Narben von über 100 Jahren Industrialisierung beseitigt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten oder wiederhergestellt werden.

Arbeit und Umwelt sind zu einem Gütezeichen hessischer Politik geworden. Die Hessen-SPD ist entschlossen, diesen Weg mit aller Kraft weiter zu gehen.

Das heißt: Dem Umwelt-Vorsorgegedanken muß endlich zum Durchbruch verholfen werden. Die Konservativen ignorieren noch immer die Gefahren, die unserer Umwelt drohen. Sie gehen über Reparaturen, über die Beseitigung von Umweltschäden

nicht hinaus. Ihr ideologisches Korsett und die Rücksichtnahme auf die Industrie-Lobby verhindern die notwendigen Schritte.

Es geht aber heute darum, unsere Art des Wirtschaftens so umzustellen, daß Umweltbelastungen, so weit dies möglich ist, von vornherein vermieden werden. Denn nichts ist so teuer und arbeitsplatzgefährdend wie unterlassener Umweltschutz. Die Wirtschaft braucht deshalb einen klaren und kalkulierbaren Rahmen, durch den umweltpolitische Ziele zum Gegenstand des wirtschaftlichen Eigeninteresses gemacht werden. Wasser, Boden und Luft dürfen nicht mehr zu den freien Gütern zählen, die kosten- und bedenkenlos in Anspruch genommen werden. Das qualitative wirtschaftliche Wachstum muß sich gegenüber dem ruinösen quantitativen Wachstum durchsetzen.

Instrumente dafür sind:

- Die Neuordnung des Haftungsrechts: Einführung einer verschuldensunabhängigen Haftung und der Beweislastumkehr im Umweltschutz.
- Verbesserung der Umweltabgaben: Die Inanspruchnahme der Umwelt muß einen Preis haben. Die Abgaben müssen so hoch sein, daß es sich für den Verursacher aus ökonomischem Eigeninteresse lohnt, Investitionen zur Vermeidung von Umweltbelastungen vorzunehmen.

Auch der gezielte Einsatz neuer Techniken dient der Umweltverbesserung. Denn viele unserer technischen Innovationen lassen sich zur Schonung unserer Umwelt nutzen. Mit Hilfe der Mikroelektronik können Produktionsprozesse besser geregelt und gesteuert werden. Durch neue Materialien und biologische Verfahren lassen sich chemische Substanzen ersetzen.

Wissenschaft und Forschung werden besonders gefördert, weil sie mit einer Vielzahl von Fachgebieten zur ökologischen Erneuerung entscheidend beitragen.

Immer mehr Menschen wollen eine gesunde Lebensweise. Die SPD hat sich deshalb für den Ausbau des Verbraucherschutzes in Hessen eingesetzt. Weil wir die Sorgen der Bevölkerung über die Vergiftung von Lebensmitteln ernst nehmen, haben wir dafür gesorgt, daß die Behörden scharfe Kontrollen der Nahrungsmittel vornehmen.

Wir brauchen eine neue Chemiepolitik. Die Hessen-SPD vertraut dabei auf die Fähigkeiten, die Einsatzfreude und den Erfindungsgeist der Arbeitnehmer in der chemischen Industrie. Nur durch die schrittweise Umstellung der Produktion auf ungefährlichere Güter kann die chemische Industrie ihre hohe Bedeutung für das Land Hessen weiter behalten. Die Hessen-SPD will den modernen Industriestandort Hessen erhalten. Der hohe technische Standard muß dafür eingesetzt werden, damit die Umwelt wieder ins Gleichgewicht kommt.



**Hessen fördert seine kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe: Sie leisten viel für die Pflege der Landschaft und den Erhalt der Umwelt.**

**Hessen – unser schönes Land.  
Hessen muß vorn bleiben.**





### 3. Für soziale Gerechtigkeit – Gegen Umverteilung von unten nach oben

Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit war und ist ein starker Impuls für die politische Arbeit der SPD.

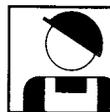
Deshalb haben wir Sozialdemokraten für den Auf- und Ausbau des Sozialstaates in der Bundesrepublik gekämpft und deshalb verteidigen wir diesen Sozialstaat heute gegen die Angriffe der Konservativen.

Die von der Bonner Rechtskoalition in Gang gesetzte Zerstörung des sozialen Netzes bedeutet die Rückkehr in die Ellenbogengesellschaft. Es sind die Arbeitnehmer und ihre Familien, die Rentner, Kriegsopfer, Behinderten, Kranken und Arbeitslosen, die die Zeche der Wendepolitik zu zahlen haben. Die Bundesregierung hat den Schwachen Geld genommen und gleichzeitig den Gutbetuchten hohe Gewinne durch Steuervorteile verschafft. Das ist Umverteilung von unten nach oben. Das ist nicht christlich, sondern unsozial und ungerecht.

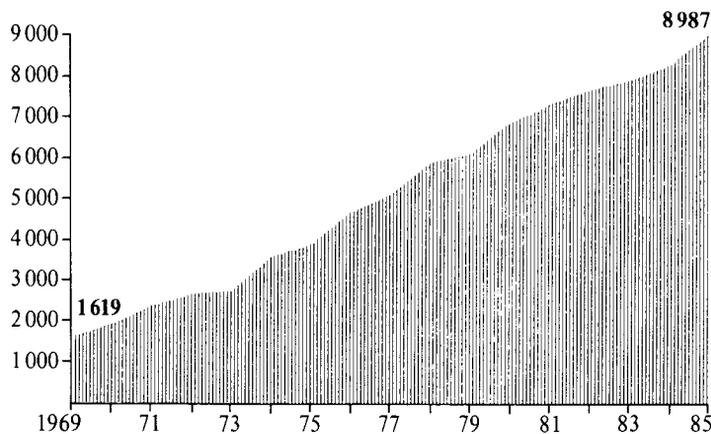
Arbeitsplätze für behinderte Mitbürger sind ein wichtiger Bereich hessischer Sozialpolitik. 75 Werkstätten gibt es in allen Landesteilen.

#### Werkstätten für Behinderte überall in Hessen

1969-1985



Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze  
in hessischen Behindertenwerkstätten



Sozialabbau, die Angriffe auf die Rechte der Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sowie die tatenlos hingegenommene Massenarbeitslosigkeit machen deutlich: Diese Bundesregierung ist nicht bereit zu sozialem Ausgleich. Ihre Politik ist auf die Spaltung unserer Gesellschaft angelegt. Die Hessen-SPD tritt an gegen Ungerechtigkeit und soziale Verantwortungslosigkeit.

Die staatlich verbürgte soziale Sicherung, der Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmer gehören zur Grundausstattung unserer Gesellschaft. Starke Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten, sind nötig, damit wir auf dem Weg zur sozialen Demokratie wieder vorankommen.

Die Hessen-SPD arbeitet für die solidarische und gerechte Gesellschaft. Nicht der Abbau, sondern die Stärkung des Sozialstaates ist deshalb unser Ziel. Wir wollen ihn krisenfest machen und seine Leistungsfähigkeit steigern. Die großen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und das Angewiesensein auf Hilfe im Alter machen den Sozialstaat nötig. Er erhält den sozialen Frieden und ist damit ein wichtiger Produktivfaktor. Deshalb haben die hessischen Sozialdemokraten die Sozialleistungen verbessert. Deshalb haben sie gerade für jüngere Familien preiswerte Wohnungen gebaut und jede Verschlechterung des Mietrechts abgelehnt. Deshalb haben sie eine Beschäftigungsbrücke für arbeitslose Jugendliche gebaut, damit deren berufliche Zukunftsperspektiven erhalten bleiben. Deshalb setzen sie sich für eine Sicherung und Fortentwicklung der Altersversorgung sowie für die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung ein, mit der das kaum bezahlbare Risiko der Pflegebedürftigkeit begrenzt werden soll. Deshalb sorgen sie dafür, daß die Behinderten nicht aus unserer Gesellschaft herausfallen, sondern möglichst in ihrem gewohnten Umkreis leben und arbeiten können.

Wir wollen das kommunale Wahlrecht für Ausländer in Hessen. Sozial- und Gesundheitspolitik hat für uns vor allem auch eine Vorsorgefunktion. Dieser Aufgabe muß sie gerade auch bei neuen Problemen gerecht werden. Aufklärung, Beratung und die Suche nach humanen Behandlungsmethoden gehören deshalb selbstverständlich auch zu unserem Versuch, die bedrückenden Probleme Aids und Drogensucht zu bewältigen. Aus unserer Gesellschaft darf niemand herausgestoßen werden.

---

## **4. Für Liberalität und Rechtsstaatlichkeit – Gegen den Überwachungsstaat**

---

Toleranz und Liberalität sind Gütezeichen Hessens.

Die SPD tritt ein für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, denn die Tätigkeit der Bürger, über sich selbst zu bestimmen, ist die elementare Voraussetzung für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft. Hessische Rechtspolitik steht in einer langen freiheitlichen Tradition:

Die Sicherung der Grundrechte ist nicht nur ein Verfassungsgebot, sondern auch ein Beitrag zum inneren Frieden.

Der Staat hat den Auftrag, die innere Sicherheit zu gewährleisten. Die Polizei, die ihren schweren Dienst in Hessen überlegt und klug geleistet hat, muß zur Gefahrenabwehr und zur Bekämpfung der Kriminalität personell und sachlich angemessen ausgerüstet sein.

Die konservative Bundesregierung hat ein inneres Klima geschaffen, durch das politischer Widerspruch, aktive Mitsprache und Mitwirkung in Mißkredit gebracht werden sollen.

Die Hessen-SPD lehnt die Verschärfung des Demonstrationsrechts ebenso ab wie den gezielten Todesschuß und die militärische Ausrüstung der Polizei.

Die Initiativen von Bundesinnenminister Zimmermann verfolgen wir mit äußerstem Mißtrauen. Er will die bisher aus guten Gründen gezogenen Grenzen zwischen Polizei, Justiz und Geheimdiensten im Bereich der Informationsgewinnung, der Datenverarbeitung und -weitergabe verwischen. Der Überwachungsstaat Orwellscher Prägung ist damit eine reale Bedrohung. Hessen kämpft gegen diesen Versuch, den gläsernen Menschen zu schaffen. Mit dem neuen Hessischen Datenschutzgesetz hat Hessen wiederum als erstes Bundesland starke Dämme gegen den Mißbrauch persönlicher Daten errichtet. Die Hessen-SPD will den Überwachungsstaat verhindern. Wir setzen auf Selbstbestimmung und demokratisches Engagement statt auf obrigkeitstaatliche Gängelung.

Wir sichern in unseren Hochschulen und Kultureinrichtungen ein offenes demokratisches Klima. Wir wollen Dialog statt Bevormundung.

Die Hessen-SPD will einem Klima der Intoleranz und der Ressentiments gegenüber Ausländern und gegenüber kulturellen und religiösen Minderheiten entgegenwirken. Mit neuen Akzenten in der Ausländerpolitik haben wir deshalb den bei uns lebenden Ausländern deutliche Signale gegeben.

Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem in unserer Verfassung verankerten Grundrecht auf Asyl für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte. Wir wollen, daß ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sich in unsere Gesellschaft integrieren können und daß ihre Kultur geachtet und respektiert wird.

## 5. Für gleiche Bildungs- und Berufschancen – Gegen Bildungsprivilegien

Bildung ist für Sozialdemokraten ein Grundrecht. Bildungsprivilegien für eine Minderheit lehnen wir ab.

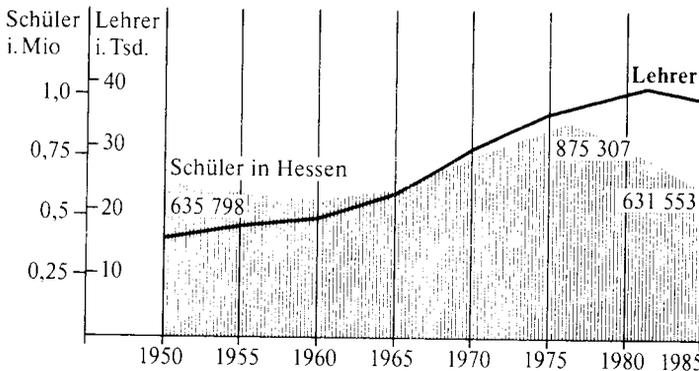
Die CDU will die Chancengleichheit im Bildungswesen abschaffen und altes Unrecht wieder einführen. Mit der rücksichtslosen Streichung der Mittel zur finanziellen Förderung von Schülern und Studierenden haben die Konservativen bereits erreicht, daß der Anteil der Schüler aus einkommensschwachen Familien bei den Hochschulanfängern drastisch gesunken ist. Mit der Schaffung eines eigenen Schüler-Bafögs haben wir uns in Hessen dieser Entwicklung im Rahmen unserer Möglichkeiten entgegengestemmt: Nicht die Herkunft oder die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses, sondern allein die Fähigkeiten des Kindes sollen über seinen Weg entscheiden. Im Bildungssystem darf es kein „zu spät“ geben.

Mit der Einführung der Förderstufe haben wir in Hessen einen wichtigen Schritt bei der Verwirklichung eines offenen Schulwesens erreicht. Die

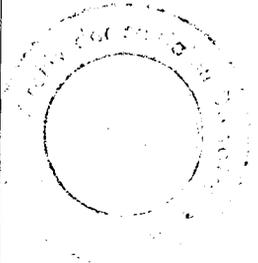
### Hessische Schüler haben's heute besser



Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen und der Zahl der hauptamtlichen Lehrer dieser Schulen zwischen 1950 und 1985

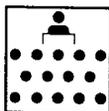


Das Verhältnis der Schülerzahl je Lehrer hat sich weiter verbessert. Hessen hat durch seine Praxis der Lehrereinstellung Freiraum für flexiblere und gezieltere Unterrichtsabdeckung geschaffen.



Einen Spitzenplatz im Ländervergleich nimmt Hessen bei den Aufwendungen für seine Hochschulen ein.

## Mittel für Hochschulen in Hessen



Aufwendungen für die Hochschulen (ohne Kliniken) je Einwohner im Jahr 1986

204,00 DM/Einw.



Hessen

176,70 DM/Einw.



Durchschnitt d. Flächenländer

- durch berufsbezogene Angebote Bildung und Ausbildung an die veränderten Berufsstrukturen und Qualifikationsanforderungen anzupassen,
- berufliche und allgemeine Bildung gleichrangig werden zu lassen,
- lernschwache Schüler durch veränderte Arbeitsformen für diese Schülergruppen nicht an den Rand drängen zu lassen, damit deren Ausbildungs- und Berufschancen nicht noch weiter geschmälert werden,
- unsere Hochschulen offenzuhalten, die Studienbedingungen Schritt für Schritt zu verbessern, die kritische und aufklärerische Funktion der Geistes- und Sozialwissenschaften neben der naturwissenschaftlich-technischen Forschung zu sichern und die Verantwortung der Forschung für eine humane Welt zu wahren.

Hessische Schul- und Hochschulpolitik will jedem Kind und jedem Jugendlichen gleiche Chancen bei der Wahl seines Bildungsweges sichern, Bildung, Ausbildung und Wissenschaft sind unverzichtbare Zukunftsinvestitionen: Von ihnen kann die gesamte Lebensgestaltung eines Menschen abhängen. Die entscheidende Produktivkraft unserer Industriegesellschaft sind die Köpfe und Hände unserer Bürger.

Förderstufe gibt den Schülern zwei Jahre mehr Zeit, die eigenen Fähigkeiten zu entfalten, bevor eine Entscheidung über den weiteren Bildungsweg getroffen wird. Sie gibt damit nicht zuletzt auch den Eltern einer bessere Orientierung und vermindert frühzeitige und möglicherweise falsche Festlegungen.

Jeder weitere schulpolitische Streit ist schädlich: Das vielfältige und offene hessische Schulsystem braucht Frieden, damit es sich in Ruhe weiterentwickeln kann.

Mit Blick auf die bildungspolitischen Aufgaben der Zukunft setzt sich die Hessen-SPD dafür ein,

- den Rückgang der Schülerzahlen weiter zur Verbesserung der Lernbedingungen zu nutzen,
- ein vollständiges und wohnortnahes Bildungsangebot zu sichern,

## 6. Für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Frauen sind gegenüber Männern noch in vieler Hinsicht benachteiligt. Die Hessen-SPD will diese Benachteiligung beseitigen.

In Hessen wurden durch das Aktionsprogramm für Frauen, den „Sonderausschuß für Frauenfragen“ und durch die Aufwertung der Zentralstelle für Frauenfragen zu einer eigenständigen Behörde der Bevollmächtigten der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten Fortschritte in der Frauenpolitik erzielt. Auf diesem Weg wollen wir weitergehen. Der Sonderausschuß soll in einen ständigen Fachausschuß des Landtages umgewandelt werden.

Es ist unsere Aufgabe, gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen, die die Konservativen mit ihrer Familien- und Frauenideologie zementieren wollen.

Das heißt:

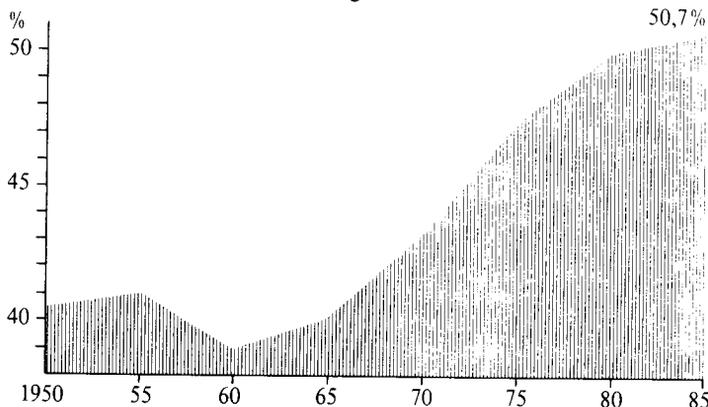
- Die Freiheit von Frauen und Männern, ihr Leben selbst zu bestimmen, darf nicht länger durch vorgegebene und starre Rollenleitbilder in

### Erreichte Gleichberechtigung an Gymnasien in Hessen



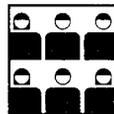
Bessere Schulbildung für Mädchen ist einer der großen Erfolge hessischer Bildungsreform und Bildungswerbung.

Entwicklung des Mädchenanteils unter den Schülern an hessischen Gymnasien seit Kriegsende

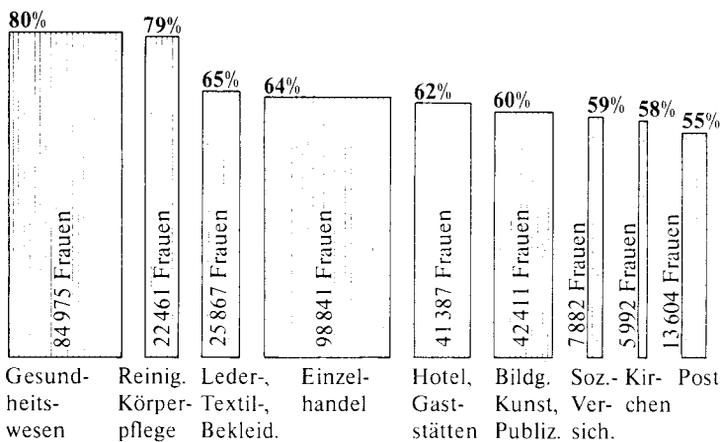


In vielen hessischen Wirtschaftsbereichen wäre der Betrieb ohne die weiblichen Beschäftigten kaum aufrecht zu erhalten.

## Wo würden Frauen besonders fehlen?



Anteile der Frauen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen (also ohne Selbständige und Beamtinnen) in ausgewählten Arbeitsbereichen in % der Beschäftigten der Branche.



Familie und Beruf eingeschränkt werden. Der Abbau von Rollenklischees muß schon in der Schule beginnen.

- Die Doppelbelastung der Frau durch Familie und Beruf muß abgebaut werden. Die SPD setzt sich deshalb für eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, familienfreundliche Gestaltung der Arbeitszeit und flexible Öffnungszeiten von Kindertagesstätten ein. Der Ausbau familienbegleitender Einrichtungen, mehr Kinderhorte und Ganztagschulen sind vordringliche Aufgaben. Die SPD wird ein Kindertagesstätten-gesetz verabschieden.
- Mädchen müssen auch in zukunftssträchtigen Berufen mehr Ausbildungs- und Arbeitschancen erhalten. Die Hessen-SPD wird die entsprechenden Programme ausweiten. Programme für Frauen zum Wiedereinstieg in den Beruf und zur Fort- und Weiterbildung, eine verbesserte Berufsberatung und die Förderung von Frauenprojekten sind wichtige Instrumente zur Herstellung der Chancengleichheit im Beruf.
- Die SPD setzt sich für positive Maßnahmen für Frauen nach den Vorschlägen des Europäischen Rates ein. Dazu gehören die Erstellung und Weiterentwicklung von Frauenförderplänen für alle Landesbehörden und die bevorzugte Einstellung von Frauen bei gleicher Qualifikation solange, bis ein gleichgewichtiges Geschlechterverhältnis erreicht ist

---

und die bevorzugte Vergabe von Wirtschaftsförderungsmitteln an Betriebe, die ihrerseits Frauenförderpläne aufgestellt haben.

- Der skandalöse Zustand, daß Frauen noch immer für gleiche Leistung schlechter bezahlt werden als ihre männlichen Arbeitskollegen, muß beendet werden. Ein entsprechender Antrag Hessens im Bundesrat ist von den unionsregierten Ländern abgelehnt worden. Wir lassen nicht locker.
- Alte Frauen, die wie keine andere gesellschaftliche Gruppe von Not und Armut bedroht sind, bedürfen besonderer Hilfen. Das Unrecht, die vor 1921 geborenen Frauen bei der Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung nicht zu berücksichtigen, muß beseitigt werden.
- Die Hessen-SPD wird Frauenhäuser und Notrufgruppen, die Frauen in Notsituationen helfen, finanziell unterstützen. Wir halten es für unsere Verpflichtung, Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, Schutzmöglichkeiten anzubieten.

Informationen und Aufklärung der Öffentlichkeit über Gewalt gegen Frauen und Gewalt in der Familie müssen verstärkt werden und auch in den Schulen behandelt werden.

Der straffreie Raum für sexuelle Gewalt muß beseitigt werden.

Die Hessen-SPD will Bedingungen herstellen, die es den Frauen ermöglichen, ihr Leben in Familie, Freizeit und Beruf nach ihren Bedürfnissen und Interessen zu gestalten.

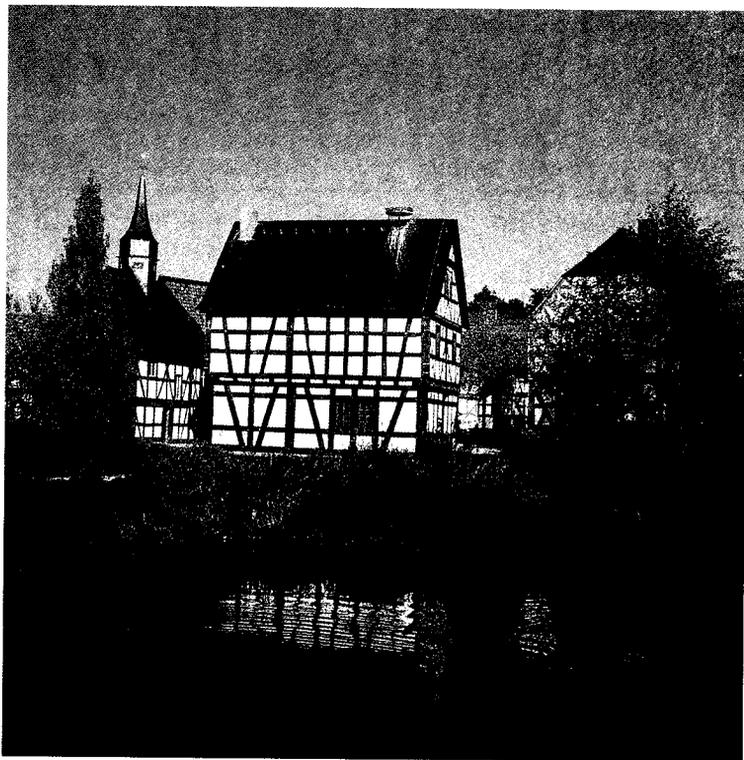
---

## **7. Für die Stärkung der hessischen Kreise, Städte und Dörfer**

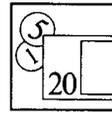
Sozialdemokratische Reformpolitik in Hessen ist auf aktive Mitwirkung der Kommunen angewiesen. Die Hessen-SPD setzt sich für eine starke kommunale Selbstverwaltung und damit für eine weitgehende finanzielle Unabhängigkeit der Kommunen ein.

Die Politik der Bundesregierung ist kommunalfeindlich. Sie hat die Finanzkraft der Kommunen geschwächt, indem sie ihnen einseitig die durch die Dauerarbeitslosigkeit stark gestiegenen Sozialhilfelasten aufbürdet. Das konservative Steuersenkungsgesetz für Großverdiener führt zu weiteren Einnahmeverlusten: Kommunale Investitionen und Dienstleistungen müssen eingeschränkt werden.

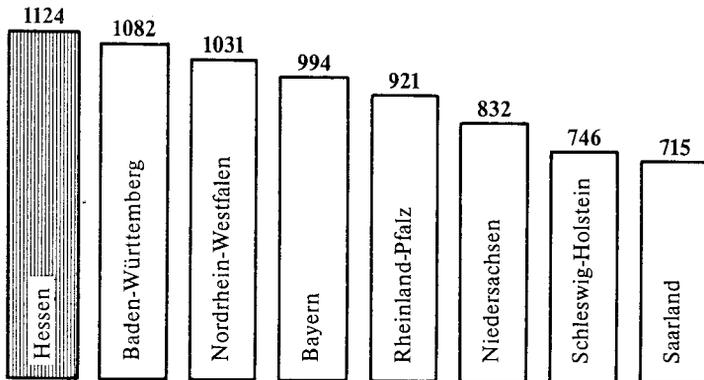
**Hessische  
Geschichte  
lebendig  
erhalten: Das  
Freilichtmuseum  
Hessenpark bei  
Neu-Anspach.**



## Die hessischen Gemeinden stehen gut da



Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage in DM je Einwohner



Die Wirtschaftskraft des Landes Hessen spiegelt sich auch in der Steuerkraft seiner Gemeinden. Das Land leistet über den kommunalen Finanzausgleich zusätzlich Hilfe.

Die Hessen-SPD will den Kommunen wieder mehr Gewicht geben, so wie es ihrer Nahtstelle zwischen Bürger und Staat entspricht. Sie hat deshalb in den letzten Jahren die Finanzmittel für die hessischen Kreise und Städte stark erhöht für

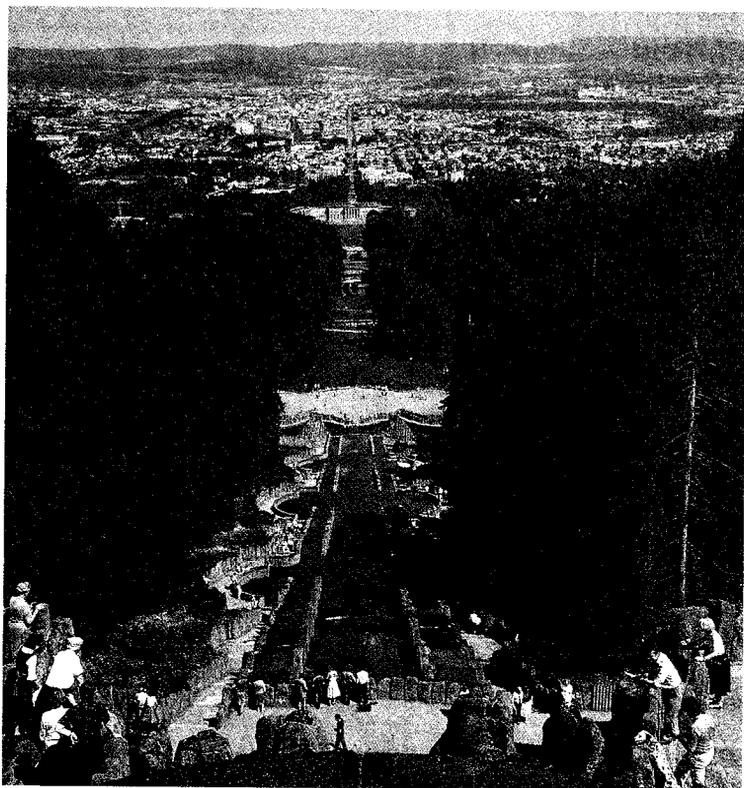
- direkte Hilfen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger,
- die Erhöhung des Arbeitslosenansatzes für Städte und Landkreise mit besonders hoher Arbeitslosigkeit,
- die Stärkung der Investitionskraft, damit die Kommunen ihren aktiven Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten können.

Auf dem Wege zu einer umfassenden Gemeindefinanzreform muß zunächst die Gewerbesteuer revitalisiert und der Gemeindeanteil am Aufkommen der Lohn- und Einkommensteuer angehoben werden.

Die Leistungskraft der hessischen Kommunen muß für eine zukunftsweisende und umfassende Daseinsvorsorge mobilisiert werden:

- Erhaltung einer lebenswerten Wohnumwelt durch Stadtsanierung und Dorferneuerung.
- Begrenzung des Landverbrauches.
- Reduzierung des Abfallaufkommens, weitgehende Wiederverwertung und gefahrlose Beseitigung des Abfalls.
- Umweltfreundliche und rationelle Energiepolitik durch eine Rekommunalisierung der Energieversorgung und durch Energieberatung.
- Verstärkter Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.
- Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus.

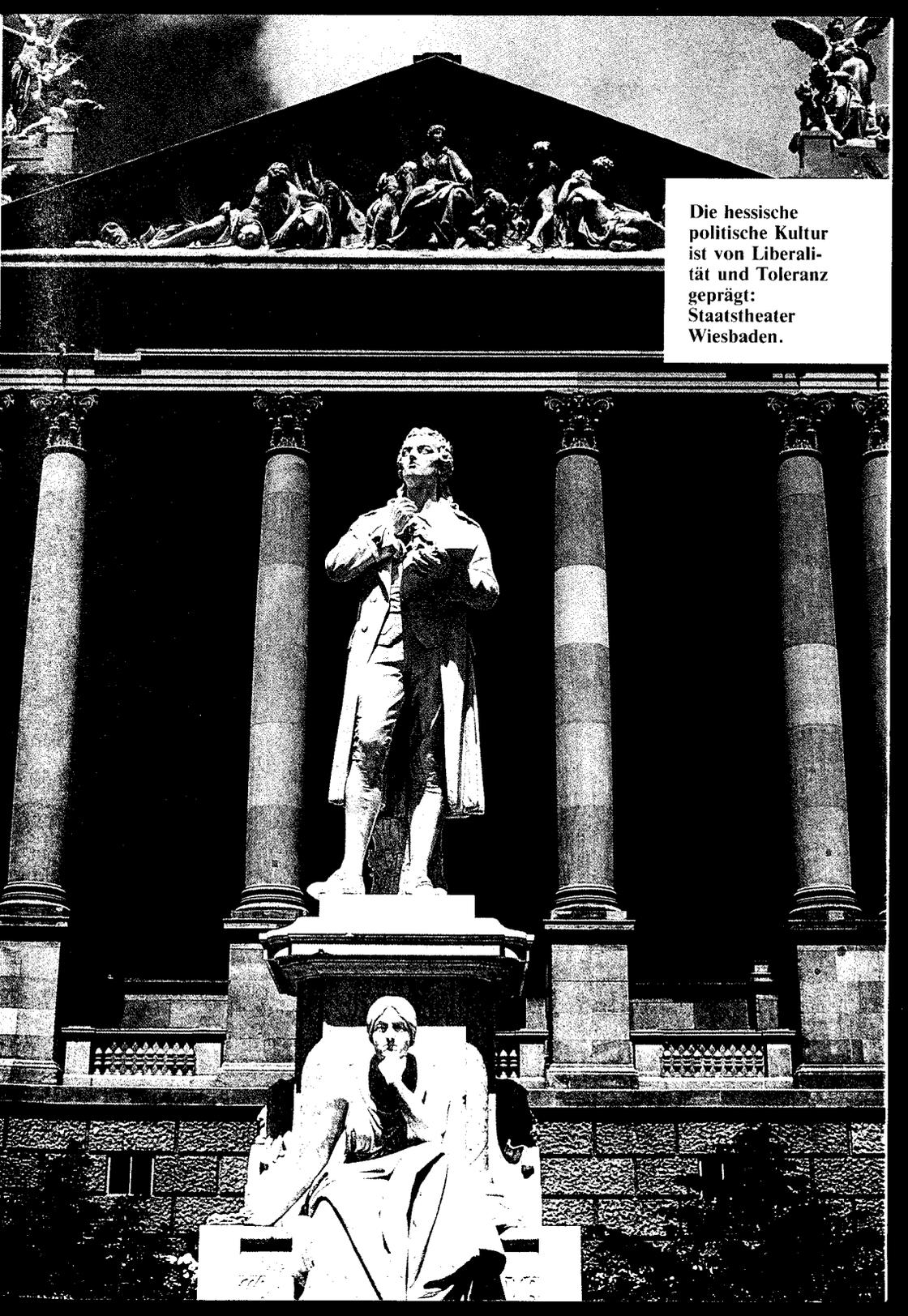
**Die Unabhängigkeit unserer Städte und Gemeinden soll erhalten bleiben, ihre Leistungsfähigkeit gestärkt werden: Kassel — das Zentrum Nordhessens.**



- Erhaltung und Schaffung ländlicher Freiräume, die der Erholungs- und Freizeitgestaltung, der Luftreinigung, der Grundwassererneuerung und der Trinkwasserversorgung dienen.
- Erweiterung des Angebotes für eine sinnvolle Freizeitgestaltung in Kultur und Sport für alle Bevölkerungsschichten.
- Weitere Unterstützung der gesellschaftspolitisch bedeutsamen Arbeit der Vereine.

Die SPD hat bei der kommenden Landtagswahl eine realistische Chance, die hessische Regierungspartei zu bleiben. Sie strebt eine möglichst starke Position im Landtag an, um ein Maximum an sozialdemokratischer Politik zu verwirklichen. Unsere Ausgangslage für die kommende Auseinandersetzung ist gut. CDU und FDP haben bei der Bundestagswahl 1987 weniger Stimmen als bei der Bundestagswahl 1983 erhalten. Und das Vertrauen der Bevölkerung in ihre landespolitische Kompetenz ist noch geringer. Unser Hauptgegner ist die CDU, denn die Entscheidung fällt zwischen CDU und SPD. Es gibt keinen Grund für eine Wende nun auch noch in Hessen.

Die Hessen-SPD wird ihre Chance nutzen. Wir wollen Hessen weiter gestalten. Hessen muß weiter vorn bleiben.



Die hessische  
politische Kultur  
ist von Liberali-  
tät und Toleranz  
geprägt:  
Staatstheater  
Wiesbaden.

---

Holger Börner hat Hessen in schwieriger Zeit politisch geführt. Dafür dankt ihm die Hessen-SPD. Mit Hans Krollmann geht die SPD in Hessen in einen schweren Wahlkampf. Sie kämpft für einen Ministerpräsidenten Hans Krollmann, dessen Erfahrung, Weitsicht und Mut eine gute Zukunft für unser Land garantieren. Hans Krollmann steht für die besten Traditionen der Hessen-SPD. Er wird ein guter Ministerpräsident für alle hessischen Bürgerinnen und Bürger sein.

Wahlaufruf zur Landtagswahl 1987, verabschiedet auf dem Landesparteitag am  
21. Februar 1987 in Dreieich-Sprendlingen  
Herausgeber: SPD-Landesverband Hessen, Wiesbaden  
Gestaltung: PLOOG Kommunikation  
Druck: Kreisdruck, Wiesbaden

Bibliothek der FES



1186885

**Hessen muß vorn bleiben**  
**Hessen kämpft!**



**SP**

A87